



Mainz, 19.04.2024

## Positionspapier zur Novelle des Landesjagdgesetzes

### Für eine zukunftsorientierte Jagd in Rheinland-Pfalz

Die Landesregierung unter Federführung des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität Rheinland-Pfalz hat am 23.6.2023 einen zukunftsweisenden Regierungsentwurf zur Novellierung des Landesjagdgesetzes (LJG) vorgelegt, der von dem Großteil der Verbände und Vereine positiv bewertet wurde.

Die unterzeichnenden Verbände appellieren an alle Jäger und Jägerinnen, sich den Herausforderungen des Klimawandels zu stellen. Die Rahmenbedingungen haben sich seit der letzten Jagdgesetznovellierung 2010 weiter geändert und verschärft. Die Jagd spielt eine Schlüsselrolle für die Zukunft der rheinland-pfälzischen Wälder.

Eine Anpassung jagdgesetzlicher Vorschriften zur Bewältigung der großen Herausforderungen, die der Klimawandel mit sich bringt, ist geboten. Die im Koalitionsvertrag beschlossene Evaluierung des LJG hat Umsetzungsdefizite deutlich gemacht. Es ist Aufgabe der Legislative, diese konsequent aufzuarbeiten und zu begegnen. Die Ergebnisse der Evaluierung des Landesjagdgesetzes dürfen nicht ignoriert werden und müssen ehrlich und sachlich miteinander diskutiert werden, um Lösungen zu finden.

Eine konsequente und tierschutzgerechte Jagd steigert das Ansehen und die Akzeptanz von Jägerinnen und Jägern in der Gesellschaft.

Der Aufbau bzw. die Entwicklung von zukunftsfähigen Wäldern ist eine prioritäre Aufgabe.

Der Waldumbau spielt dabei eine herausragende Rolle und muss in den nächsten Jahren gelingen. Er darf nicht durch überhöhte Wildbestände verhindert werden.

Die Landwirtschaft leidet immer stärker unter den extremen Wetterlagen, die der Klimawandel mit sich bringt. Intakte Wälder können diese Extreme puffern. Damit haben widerstandsfähige Wälder auch für die Landwirtschaft eine überragende Bedeutung.

Die Unterzeichner bekennen sich zur Jagd als einer nachhaltigen Nutzung wildlebender, in ihrem Bestand nicht gefährdeter Tierarten und als einem Instrument zur Bewahrung und Entwicklung von intakten Wäldern und Kulturlandschaften unter Beachtung von Tier- und Naturschutz.

## **Gemeinsame Forderungen:**

Die unterzeichnenden Verbände erwarten, dass das neue Landesjagdgesetz sich wesentlich konsequenter an diesen Zielvorgaben orientiert, und fordern im Einzelnen u.a.:

1. Die Erhaltung der Schutzfunktionen von Wäldern muss oberste Priorität bei jeder Güterabwägung haben. Die multifunktionale Bedeutung der Wälder ist nicht nur im Landeswaldgesetz, sondern auch im Landesjagdgesetz zu verankern.
2. Abschussvorgaben dürfen Schutzziele nicht behindern und müssen sich an Vegetationsgutachten, die die natürliche Waldentwicklung dokumentieren, ausrichten.
3. Das Jagdrecht des Grundeigentümers ist gegenüber des Jagdausübungsrechts der Jäger\*innen zu stärken.
4. Hegegemeinschaften haben laut Evaluierung des Landesjagdgesetzes nicht zu einer Entschärfung der Wald-/Wildsituation beigetragen. Sie haben zum Ansteigen von Wildbeständen geführt und werden modernen Anforderungen an eine lebensraumangepasste Jagd nicht gerecht. Als Instrument der Rotwildbewirtschaftung haben sie sich nicht bewährt. Das Management von Rotwild muss sich an für den Lebensraum tragbaren Zieldichten orientieren.
5. Kreisjagdmeister\*innen sollen die Untere Jagdbehörde unabhängig beraten. Es ist zu begrüßen, dass zukünftig die Funktion aus den Reihen des Kreisjagdbeirates gewählt wird. Die Diskussionen zum Landesjagdgesetz haben gezeigt, dass von den Kreisjagdmeister\*innen oft einseitig Jägerinteressen vertreten werden. Das widerspricht dem Auftrag der Position. Bei den Unteren Jagdbehörden mangelt es an Fachkräften. Zukünftig wird sich dieser Mangel noch verschärfen. Fachkompetenz muss daher in den tangierten Rechtskreisen Grundvoraussetzung zur Ausübung des Amtes sein. Dies ist durch eine berufliche Qualifikation oder Prüfung sicherzustellen. Dabei sollte auch die Bezeichnung in Kreisjagdberater\*in geändert werden.

Alle politischen Parteien in Rheinland-Pfalz, Waldbesitzer\*innen, Landwirt\*innen, Jäger\*innen, Tier- und Naturschutz sind gefordert, sich für eine zukunftsorientierte und damit zukunftsfähige Jagd einzusetzen. Das Jagdgesetz muss den gesellschaftlichen Ansprüchen gerecht werden. Die Schaffung zukunftsfähiger Wälder spielt dabei eine übergeordnete Rolle. Bestrebungen, notwendige jagdgesetzliche Veränderungen zu verhindern, die einseitig tradierte jagdlich motivierte Ziele verfolgen, muss die Gesellschaft geschlossen entgegenreten.